



IN NIEDERSACHSEN



Zukunftsorientierte Bildung als Basis einer starken Gesellschaft

Beschluss des 61. Landesparteitags
der CDU in Niedersachsen am 22./23. August 2025



Ganz klar.

Inhaltsverzeichnis

Inhaltsverzeichnis	1
Zukunftsorientierte Bildung als Basis einer starken Gesellschaft	2
Kapitel 1: Frühkindliche Bildung - der beste Start ins Leben.....	4
Kapitel 2: Grundschulen stärken - starke Basis schaffen	6
Kapitel 3: Ein Schulsystem, das alle Schüler im Blick hat	8
Kapitel 4: Medienkompetenz und Verantwortungsbereitschaft	13

Beschluss des 61. Landesparteitages
der CDU in Niedersachsen | 22./23. August 2025

Zukunftsorientierte Bildung als Basis einer starken Gesellschaft

Bildung ist das Fundament für eine freie, innovative und leistungsfähige Gesellschaft. Sie ermöglicht individuelle Entfaltung, fördert sozialen Zusammenhalt und stärkt die wirtschaftliche Wettbewerbsfähigkeit eines Landes.

In Niedersachsen stehen wir vor der Herausforderung, unser Bildungssystem so weiterzuentwickeln, dass es den Anforderungen des 21. Jahrhunderts gerecht wird. Dabei soll unsere Bildungspolitik vor allem aus Sicht der Kinder und Jugendlichen gestaltet werden.

Die multiplen Krisen unserer Zeit wirken sich auf unsere Kinder und Jugendlichen in ganz besonders starker Weise aus. Kinder gehen aufgrund von Notwendigkeiten des demographischen Wandels und der besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf immer früher und immer länger in die Kita und den schulischen Ganzttag. Gerade für Kinder aus bildungsfernen oder prekären Verhältnissen ist das wichtig und richtig. Der erzieherische Auftrag und die Familie können nicht durch den Ganzttag aufgefangen werden. Die Familie hat eine Eigenverantwortung. Die Voraussetzungen für den Ganzttag müssen sowohl räumlich als auch personell vorhanden sein. Entsprechend wollen wir die Erziehungs- und Bildungsbündnisse mit den Familien stärken. Daher müssen wir den Bildungsbereich noch mehr auf die Stärkung des Selbstbewusstseins und der Selbstwirksamkeit von Kindern und Jugendlichen ausrichten, indem wir in Kitas und Schulen die innere Überzeugung der Kinder und Jugendlichen entwickeln, dass sie etwas besonders gut und somit selbstgesteckte Ziele erreichen können.

Die CDU in Niedersachsen versteht Bildung nicht nur als Vermittlung von Können und Wissen, sondern als einen umfassenden Prozess der Persönlichkeitsentwicklung. Neben fachlichen Kompetenzen sind uns Werte wie Eigenverantwortung, Leistungsbereitschaft und gesellschaftliches Engagement wichtig. Auch die religiöse Bildung unterstützt die ganzheitliche Persönlichkeitsentwicklung. Daher bekennen wir uns ausdrücklich zum christlichen Religionsunterricht im Fächerkanon unserer Schulen, der bei Bedarf um das Fach Ethik ergänzt wird.

Unser Ziel ist ein leistungsorientiertes und chancengerechtes Bildungssystem, das Kindern und Jugendlichen unabhängig von ihrer Herkunft die besten Möglichkeiten bietet.

Mit Blick auf die Schülerinnen und Schüler sehen wir vier besonders zentrale Aufgaben der Bildungspolitik unserer Zeit, die als Querschnittsaufgabe mitgedacht werden müssen:

Demokratie stärken:

In einer Zeit zunehmender gesellschaftlicher Polarisierung braucht es eine wehrhafte und resiliente Demokratie. Bildung muss junge Menschen befähigen, kritisch zu denken, demokratisches Grundverständnis zu entwickeln, historische Ereignisse zu reflektieren, Verantwortung zu übernehmen und sich aktiv für unsere freiheitlich-demokratische Ordnung einzusetzen.

Digitale Mündigkeit gewährleisten:

Die Digitalisierung verändert die Art, wie wir lernen, arbeiten und kommunizieren. Schülerinnen und Schüler müssen lernen, digitale Technologien sinnvoll zu nutzen, Informationen kritisch zu hinterfragen und sich sicher in einer zunehmend digitalisierten Welt zu bewegen.

Integration durch Bildung - Migrationshintergründe stärker berücksichtigen:

Der Anteil von Kindern und Jugendlichen mit Migrationshintergrund steigt stetig an. Kulturelle Unterschiede und sprachliche Probleme stellen Kitas und Schulen vor Herausforderungen. Gerade durch Zuwanderung entstehen ungleiche Startchancen. Schulen und Kitas müssen besser ausgestattet werden, um diese Ungleichheit zu reduzieren. Dabei ist vor allem das Erlernen der deutschen Sprache von zentraler Bedeutung.

Die Stärkung des Leistungsgedankens:

Es gilt, eine Kultur zu fördern, in der Anstrengung, Wissenserwerb und Leistungsbereitschaft wieder stärker wertgeschätzt und eingefordert werden. Die in vielen Bereichen erkennbaren Kompetenzrückgänge bei Schülerinnen und Schülern machen deutlich, dass klare Leistungsanforderungen und eine verlässliche Rückmeldung über Lernerfolge unerlässlich sind. Die CDU in Niedersachsen setzt sich für ein Bildungssystem ein, welches diesen und weitere Herausforderungen begegnet und klare Leistungsanforderungen mit individueller Förderung kombiniert. Wir wollen allen jungen Menschen in Niedersachsen ein verlässliches und qualitativ hochwertiges Bildungsangebot machen.

Kapitel 1: Frühkindliche Bildung - der beste Start ins Leben

Neben der Familie ist eine qualitativ hochwertige frühkindliche Bildung entscheidend, um Kindern unabhängig von ihrer sozialen Herkunft die besten Entwicklungsmöglichkeiten zu bieten. Sie legt den Grundstein für spätere Bildungsbiografien und stärkt zentrale Fähigkeiten wie Sprache, Sozialverhalten und kognitive Kompetenzen. Die ersten Lebensjahre sind für die Entwicklung von Kindern entscheidend. Deshalb wollen wir die frühkindliche Bildung weiter stärken.

- **Sprachförderung verpflichtend verbessern:** Sprachdefizite bei Kindern müssen frühzeitig erkannt und gefördert werden. Dies gilt sowohl für Kinder in unseren Kitas als auch besonders für diejenigen, die keine Kindertagesstätte besuchen. Wir wollen:
 - verpflichtende Sprachstandserhebungen für alle Vierjährigen,
 - für Kinder mit erheblichem Sprachförderbedarf, die im Sprachtest auffallen, spezielle verpflichtende Sprachförderprogramme im Umfang von mindestens 240 Stunden in den Kindertagesstätten unter Einbeziehung von Grundschullehrkräften und Sprachförderkräften einführen,
 - Nachqualifizierungen für pädagogische Fachkräfte im Bereich des sprachsensiblen Unterrichtens anbieten, sowie
 - den Einsatz von KI-unterstützter Sprachförderung ausbauen.
 - Letztes Kindergartenjahr für alle: In enger Abstimmung mit den kommunalen Spitzenverbänden streben wir einen verbindlichen Besuch einer Kindertageseinrichtung oder einer Vorschule für alle 5-jährigen Kinder an.

- **Verlässliche Strukturen und mehr Verantwortung vor Ort**

Ein hochwertiges Bildungsangebot in der frühkindlichen Phase setzt verlässliche Strukturen voraus. In der Realität erleben viele Eltern jedoch ein anderes Bild: Betreuungszeiten werden gekürzt oder ganze Gruppen tageweise geschlossen. Für viele Familien ist die tägliche Betreuung in der Kindertagesstätte nicht nur pädagogisch bedeutsam, sondern auch eine zentrale Voraussetzung, um Familie und Beruf miteinander vereinbaren zu können. Deshalb ist für uns klar:

 - Um verlässliche Betreuung zu ermöglichen, müssen einzelne Mindestanforderungen angepasst werden können, wenn andernfalls keine Betreuung gewährleistet werden kann. Ein pragmatischer Umgang mit Standards in Ausnahmesituationen ist aus unserer Sicht kein Qualitätsverlust, sondern Ausdruck eines verantwortungsvollen Realismus,
 - die Kita-Leitung und die Träger vor Ort müssen durch Änderungen im Niedersächsischen Kindertagesstätten-Gesetz (NKitaG) mehr Kompetenzen erhalten, um Lösungen bei der Personalauswahl oder bei Raumkonzepten zu finden,
 - zugleich braucht es verlässliche Finanzierungsmodelle, die Planungssicherheit für die Träger schaffen. Wir setzen uns für eine frühzeitige Mittelzuweisung,

längerfristige Förderperspektiven und eine angemessene Dynamisierung ein, die den gestiegenen Personal- und Sachkosten Rechnung trägt. Kitas dürfen durch Finanzierungsengpässe nicht in strukturelle Notlagen geraten. Eine verlässliche frühkindliche Bildung ist nur dann möglich, wenn sich auch alle Träger auf verlässliche Rahmenbedingungen stützen können,

- die Kindertagespflegeeinrichtungen und Tagesmütter sind ein weiterer Baustein der verlässlichen frühkindlichen Bildung. Die Mindeststandards müssen so gestaltet sein, dass sie die Kita-Angebote ergänzen können.
- **Attraktivität der Berufsbilder steigern:** Die Ausbildung von Erzieherinnen und Erziehern in Niedersachsen ist zu kompliziert und unattraktiv. Um dem Fachkräftemangel offensiv zu begegnen, wollen wir die Ausbildung reformieren. Daher wollen wir
 - die praxisintegrierte und vergütete Erzieherausbildung landesweit einführen, um dem Fachkräftemangel entgegenzuwirken,
 - eine Aus- und Weiterbildungsoffensive unter Stärkung des Niedersächsischen Instituts für frühkindliche Bildung und Entwicklung (nifbe) starten, in dem wir verstärkt Quereinsteiger und sozialpädagogische Assistenzkräfte durch attraktive berufsbegleitende Modelle, zu Fachkräften weiterbilden. Dabei soll auch die bisherige Berufserfahrung stärker anerkannt werden.
- **Orientierungsplan zu landesweiten Bildungsplänen weiterentwickeln:** Aktuell fehlt es an einheitlichen landesweiten Qualitätsstandards von Kitas und verbindlichen Bildungsplänen. Den vom Land vorgelegten Orientierungsplan wollen wir als Grundlage für einen einheitlichen und verbindlichen Bildungsplan-Kita weiterentwickeln, der als Vorstufe des Curriculums der Grundschulen dient und verbindliche Mindeststandards festlegt, die Kinder vor der Einschulung erreichen sollen. Dafür wollen wir:
 - einen gesetzlichen Auftrag erteilen, klare Bildungszeiten zur Umsetzung des Bildungsplans im Rahmen der eigenverantwortlichen Kita festzulegen und dafür auch die Zuweisungen aus dem Kita-Qualitätsgesetz einzubeziehen,
 - mehr (digitale) Unterstützungsmaterialien und Ideen für die Umsetzung der Bildungspläne insbesondere im Bereich der Sensomotorik, bei der Sprachförderung und im Bereich der sozial-emotionalen Entwicklung einführen,
 - das Interesse von Kindern im MINT-Bereich stärken, indem wir altersgerechte Experimentierstationen in einem gemeinsamen Projekt mit der niedersächsischen Wirtschaft für alle Kitas anschaffen, deren Einsatz ausbauen sowie bestehende Projekte weiterentwickeln.
- **Bildungspartnerschaften stärker einbinden.** Eine enge Zusammenarbeit zwischen Kita, Schule und Elternhaus ist entscheidend für den Bildungserfolg der Kinder. Eltern

müssen aktiv in den Bildungsprozess eingebunden werden sowie Schulbegleitunterlagen durchlässig über alle Schulformen weitergegeben werden können, um eine bessere Unterstützung des Lernens zu ermöglichen. Wir setzen uns ein:

- für regelmäßige, strukturierte Elterngespräche, transparente Lernentwicklungsberichte und gezielte Elternbildungsangebote. Dabei wollen wir die Möglichkeiten der digitalen Kommunikation stärker nutzen,
- dass Kitas und Schulen verstärkt die Möglichkeiten bekommen sollen, Eltern aber auch Seniorinnen und Senioren als Unterstützer und Mentoren in deren Aktivitäten einzubeziehen, um die Entwicklung auch außerhalb der Bildungseinrichtung zu fördern,
- um die Übergänge von der Kita zur Grundschule weiter zu verbessern, sollen die Bildungsregionen und regionale Bildungslandschaften vor Ort gestärkt werden.

Kapitel 2: Grundschulen stärken - starke Basis schaffen

Die Grundschule ist der erste schulische Lernort und legt das Fundament für den gesamten Bildungsweg. Hier müssen zentrale Basiskompetenzen gestärkt, individuelle Begabungen erkannt und gefördert, sowie ein verlässlicher Unterricht sichergestellt werden. Unser Ziel ist eine Grundschule, die alle Kinder bestmöglich auf ihre weitere Bildungsbiografie vorbereitet und die Potentiale jedes Kindes fördert und fordert.

- **Verbindliche flexible Eingangsstufen einführen.**

Alle Grundschulen können für die Jahrgänge 1 und 2 als flexible Eingangsstufe einführen, die in ein bis drei Jahren durchlaufen werden kann, um unterschiedliche Eingangsvoraussetzungen frühzeitig auszugleichen.

- **Eine klare Stärkung der Basiskompetenzen - Lesen, Schreiben, Rechnen**

Der Erwerb grundlegender Kompetenzen in den Bereichen Lesen, Schreiben und Rechnen ist essenziell für den weiteren Bildungserfolg. Deshalb wollen wir:

- Verbindlich definierte Mindeststandards erreichbar machen, um sicherzustellen, dass alle Kinder die erforderlichen Fertigkeiten beim Verlassen der Grundschule beherrschen. Auch deshalb soll Niedersachsen an den länderübergreifenden Vergleichsarbeiten teilnehmen,
- die individuelle Förderung von Deutsch und Mathematik durch gezielte Programme, mehr Lernzeit und individuelle Wiederholungsmöglichkeiten erhöhen. Dazu wollen wir Jahresüberprüfungen für Deutsch & Mathematik ausbauen und so stärker individuell und datengestützt fördern,
- Lese- und Rechnenpatenprogramme mit Ehrenamtlichen (z. B. Seniorinnen und Senioren als Lesepaten) an allen Grundschulen einführen und durch eine landesweite Kampagne bewerben.

- **Fokus auf Instruktion und Anleitung statt unstrukturierter Selbstentdeckung:**

Studien zeigen, dass gut organisierter und klug angeleiteter Unterricht effektiver ist als eine selbstständige Erarbeitung ohne klare Struktur. Besonders Schülerinnen und Schüler aus bildungsfernen Schichten profitieren von klarer Anleitung und einer schrittweisen Wissensvermittlung. Wir wollen daher insbesondere in den Grundschulen folgenden Schwerpunkt ausbauen:

- Üben und Automatisierung stärker berücksichtigen. Lernprozesse müssen durch ständiges Üben gefestigt werden, damit grundlegende Kompetenzen – wie das Einmaleins oder Lesetechniken – automatisiert werden. Dadurch entstehen Fertigkeiten für komplexere Aufgaben, die Fähigkeit weiteres Wissen zu erlernen und die Basis für selbstständiges Arbeiten und Lernen.

- **Begabungsgerechte Schulwahl und Chancengerechtigkeit**

Der Übergang auf die weiterführende Schule muss begabungs- und chancengerecht gestaltet werden. Die Grundschule muss in Zusammenarbeit mit den Eltern eine verlässliche Orientierung über die bestmögliche Schulwahl für jedes Kind geben. Leistungsstarke Schülerinnen und Schüler dürfen nicht ausgebremst, schwächere nicht überfordert werden. Daher wollen wir:

- eine verbindliche Schullaufbahneempfehlung am Ende der 4. Klasse einführen, die auf der Einschätzung der Grundschullehrkräfte und standardisierter Testverfahren basiert, den Gymnasien die Möglichkeit von Aufnahmeprüfungen gesetzlich einräumen, um in einem standardisierten Verfahren eine Auswahl vornehmen zu können,
- das differenzierte Schulsystem nach der Grundschulzeit im Schulgesetz verankern und keine Schulform priorisieren.

- **Ein Ganzttag, der funktioniert**

Wir wollen, dass der Ganzttag für die Schülerinnen und Schüler einen Mehrwert bietet und für eine gute Entwicklung und Chancengerechtigkeit sorgt. Damit dies gelingen kann, wollen wir:

- den Ganztagsbetrieb mittels (kapitalisierter) Lehrerstunden an fünf Tagen zu acht Stunden die Woche verlässlich und vollständig ausfinanzieren und dabei Mindestausstattungen vorsehen,
- Klarheit über Konzepte und Standards im Ganzttag und der Ferienbetreuung schaffen, die realistisch umsetzbar sind und den Schulen und Kommunen Freiheiten ermöglichen. Insbesondere in der Ferienbetreuung und in den Randzeiten sollen die gesetzlichen Anforderungen des SGB VIII im Bereich der Personalanforderungen nicht verpflichtend sein,

- offene, teilgebundene und gebundene Ganztagsangebote im Land weiterhin ermöglichen und so flexibilisieren, dass verstärkt externe Partner mit ihrer Expertise in das Ganztagsangebot einbezogen werden. Dabei ist zu beachten, dass teilgebundenen und gebundenen Modelle beispielsweise die Einbindung von Musikschulen am Vormittag ermöglichen, eine sinnvolle pädagogische Verbindung von Unterricht und außerschulischen Aktivitäten erleichtern und somit die Bildungsqualität verbessern. Das Modell des offenen Ganztags sollte dabei als prioritäre Option zur Umsetzung des Rechtsanspruchs festgelegt werden, es bleibt jedoch beim freien Elternwillen,
- die bestehenden Horte in die regionalen Planungen einbeziehen und in den Ganztags integrieren.

Kapitel 3: Ein Schulsystem, das alle Schüler im Blick hat

Wir arbeiten an einem schulischen Bildungssystem, das Talente fördert, individuelle Stärken weiterentwickelt und die Jugendlichen optimal auf ihre berufliche Zukunft in einer sich stark veränderten Gesellschaft und Arbeitswelt vorbereitet. Dazu gehört auch eine starke Berufsbildung mit starken berufsbildenden Schulen. Die CDU in Niedersachsen setzt sich für ein leistungsfähiges, differenziertes Schulsystem, das Eigenverantwortung und Chancengerechtigkeit gleichermaßen im Blick hat und noch stärker auf die individuelle Förderung setzt, ein.

- **Leistungsorientierung und klare Bildungsstandards**

Eine hohe Qualität des Unterrichts setzt verbindliche Leistungsstandards voraus. Die Schulen sollen sich an einer klaren Wissensvermittlung orientieren und die Grundkompetenzen in allen Fächern konsequent weiterentwickeln. Daher wollen wir:

- regelmäßige Leistungsüberprüfungen und datengestützte individuelle Lernstandserhebungen ermöglichen, um individuelle Lernprozesse zu stärken,
- eine klare Feedbackkultur für Schülerinnen und Schüler entwickeln, um Lernfortschritte sicherzustellen, Übergänge zu vereinfachen und gezielte Förderung zu ermöglichen,
- dass alle Schulformen wieder eine qualitative Stärkung erfahren. In diesem Kontext wird die Entscheidung, schulformübergreifende Kerncurricula für die Sek. I einzuführen revidiert, da diese curriculare Vereinheitlichung u.a. dem besonderen Auftrag des Gymnasiums – der Vorbereitung auf die Anforderungen der gymnasialen Oberstufe bzw. des Abiturs – nicht gerecht wird,
- die Gründung von Kooperativen Gesamtschulen (KGS) wieder ermöglichen,
- eine faire Finanzhilfe für die Schulen in freier Trägerschaft als wichtige Ergänzung unseres Bildungssystems.

- **Chancen durch individuelle Förderung und Differenzierung**

Nicht alle Schülerinnen und Schüler lernen im gleichen Tempo oder mit den gleichen Methoden. Individuelle Förderung muss deshalb stärker in den Schulalltag integriert werden. Dies betrifft sowohl Schülerinnen und Schüler mit Lernschwierigkeiten als auch besonders leistungsstarke Jugendliche. Wir wollen uns verstärkt um die Gruppe von jungen Menschen kümmern, die die Schule ohne einen Schulabschluss verlassen. Auch bei der Inklusion wollen wir mehr Flexibilität ermöglichen und uns stärker um Kinder und Jugendliche mit Förderbedarfen kümmern. Viele Schulen sind mit den ihr zustehenden Möglichkeiten zur Umsetzung der inklusiven Schule überfordert. Wir wollen daher:

- Inklusive Schwerpunktschulen modellartig aufbauen und sie mit ausreichenden personellen und räumlichen Ressourcen ausstatten, deren Arbeit wissenschaftlich begleiten lassen und dadurch Lösungswege zum Gelingen der schulischen Inklusion aufzeigen. Dabei sollen bereits funktionierende Modelle von Kooperationen und gemeinsamen Aktivitäten mit Partnerklassen an Regelschulen einbezogen werden,
- den Umwandlungsprozess der Tagesbildungsstätten zu Förderschulen so umsetzen, dass pädagogische Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter weiter eingesetzt werden können und das Land die neu entstehenden Schulen ab dem ersten Gründungstag finanziell unterstützt,
- den Umwandlungsprozess der Tagesbildungsstätten zu Förderschulen so umsetzen, dass pädagogische Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter weiter eingesetzt werden können und das Land die neu entstehenden Schulen ab dem ersten Gründungstag finanziell unterstützt,
- spezielle Fördermöglichkeiten und Maßnahmen der Schulen (z.B. Sprachlernklassen, Inklusionsklassen) ermöglichen,
- in Klassen mit Schülerinnen und Schülern mit Lernschwierigkeiten sind für diesen Personenkreis zusätzliche schulische Angebote zu gestalten, die helfen können, diese zu überwinden oder zumindest zu begrenzen,
- die Ungleichbehandlung von Förderschulen beenden, deren Berechtigung anerkennen, die Gründung der Förderschule wieder ermöglichen und sie mit ausreichenden Ressourcen stärken,
- die Systematik der Schulbegleitungen in das Modell der Klassenassistenz überführen, so dass die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in multiprofessionellen Teams für eine bessere Inklusion eingesetzt werden können,
- Angebote der Begabtenförderung und die Kompetenzen von Lehrkräften in diesem Bereich weiter ausbauen,

- den Erlass zur Anerkennung von Besonderen Lernleistungen (BLL) so überarbeiten, dass er leistungsstarken Schülerinnen und Schüler beim Abitur mehr Anerkennungsmöglichkeiten öffnet,
- zur Unterstützung der Lehrkräfte die Schulsozialarbeit im Rahmen eines Stufenplans für alle Schulformen ausbauen,
- die Berufsorientierung an allen Schulformen ausbauen, dafür die Praktikumszeiten erhöhen, deren Vor- und Nachbereitung besser planen und Kooperationen mit der Wirtschaft ermöglichen.

- **Ausbau der eigenverantwortlichen Schule**

- Schulen sollen mehr Autonomie erhalten, um flexibel auf die beschriebenen Herausforderungen reagieren zu können. Dies umfasst mehr Entscheidungsspielraum in der Personalauswahl, größere finanzielle Eigenverantwortung durch auskömmliche und flexiblere Schul-Budgets und eine stärkere Vernetzung mit Unternehmen, Verbänden und Hochschulen. Damit wollen wir die Eigenverantwortung von Lehrkräften und Schulleitern durch mehr Vertrauen in deren Wirken stärken,
- die Höhe einer möglichen Übertragung der Budgetreste ins nächste Haushaltsjahr verlässlich auf 90% festlegen,
- eine umfassende Offensive zum Bürokratieabbau für Schulen und Lehrkräfte, starten,
- dabei prüfen, welche Aufgaben in den Regionalen Landesämtern für Schule und Bildung (RLSB) und dem Niedersächsischen Kultusministerium abgebaut werden können,
- die digitalen Verwaltungsmöglichkeiten an Schulen, insbesondere unter Nutzung von KI-Anwendungen, ausbauen,
- das Startchancenprogramm des Bundes nutzen, um innerschulische Prozesse der Eigenverantwortung zu stärken und innovative Schulkonzepte zu erproben, die als Beispiele gelingender Entwicklungsprozesse auch für andere Schulen dienen können.

- **Dem Unterrichtsausfall entschlossen begegnen**

Unterrichtsausfälle und unbesetzte Lehrkräfte-Stellen gefährden die Bildungsqualität. Daher wollen wir Unterrichtsausfall prioritär mit allen Mitteln bekämpfen. Wir wollen ein umfassendes Maßnahmenpaket umsetzen, um eine verlässliche Unterrichtsversorgung sicherzustellen. Dazu wollen wir:

- Teilzeitkräfte motivieren, ihre Stunden aufzustocken,
- die Mehrarbeitsvergütung für Lehrkräfte je Unterrichtsstunde um 15 % erhöhen, um Lehrkräfte zu motivieren, zusätzlich zu ihrem Stundendeputat weitere Unterrichtsstunden zu erteilen,

- die Rahmenbedingungen freiwilliger Arbeitszeitkonten überarbeiten und so auszugestalten, dass sie attraktiver sind und stärker genutzt werden,
- Lehrkräfte aus den Angeboten des Ganztages abziehen und diese im Kernunterricht einsetzen. Ganztagsbetreuung ist keine unterrichtsfremde Tätigkeit. Solange die Schulleitung den Regelunterricht auf Grund von Personalmangel nicht kürzt, werden im Ganztage auch Lehrerinnen und Lehrer eingesetzt, um dort individuell und sinnvoll fördern und zu fordern,
- einfachere Anerkennung der Studienabschlüsse anderer Bundesländer, um Wohnortwechsel zu vereinfachen,
- einen großen Anteil von an das Ministerium und das NLQ abgeordneten Lehrkräften zurück in den Schuldienst holen,
- stark unterversorgte Regionen und Schulen durch ein Anreizsystem unterstützen, um so Lehrkräfte zu einem (ggf. zeitlich begrenzten) Einsatz zu motivieren,
- ein attraktives berufsbegleitendes Quereinsteiger-Studium auch als optionales Fernstudium einführen, das praxisnahe Pädagogik für Berufserfahrene mit unterschiedlicher beruflicher Vorbildung vermittelt,
- eine schnellere und unbürokratischere Anerkennung ausländischer Bildungsabschlüsse, vor allem aus der EU ermöglichen, indem Schulleiter-Empfehlungen stärker berücksichtigt werden,
- zwischen Kultus- und Wissenschaftsministerium ein mittel- und langfristige fachspezifisches Kalkulationsbedarfsmodell etablieren, um Steuerungsprobleme zu vermeiden und gezielt die Studienfächerkapazität ausbauen zu können, die entsprechende Bedarfe aufweisen,
- die Zuweisung der zur Verfügung stehenden Lehrerstunden effizienter gestalten, damit Lehrkräfte primär für die Erfüllung der Unterrichtsverpflichtungen/Studentafeln eingesetzt werden,
- zusätzliche unterrichtsfremde Aufgaben dauerhaft von nicht lehrendem Personal wahrnehmen lassen,
- das Modellprojekt „Verwaltungsassistenz“ in dauerhafte und flächendeckende Strukturen überführen und deren Ausgestaltung und Aufgabenstellung in der Eigenverantwortung regeln,
- Lehrkräften, die freiwillig länger arbeiten wollen, die Möglichkeit bieten, länger als die bisherigen drei Jahre im Schuldienst aktiv zu bleiben und bereits pensionierte Lehrkräfte, die wieder unterrichten wollen, die Möglichkeit bieten, unbürokratisch in den Schuldienst zurückzukehren,
- dazu wollen wir zusätzliche Unterrichtsausfälle aufgrund von Fortbildungen möglichst ausschließen, indem diese priorisiert an gesetzlichen Brückentagen oder in den ersten bzw. letzten Ferienwochen stattfinden und nur in begründeten Fällen während der Unterrichtszeit, sowie dies bereits gesetzlich verankert ist.

- **Auf die Lehrkraft kommt es an**

Ein zentraler Faktor zur Verbesserung der Bildungsqualität ist die Motivation und Ausbildung von Lehrkräften. Die Bildungswissenschaft ist sich einig, dass dies die entscheidende Stellschraube für guten Unterricht ist. Wir wollen daher noch stärker in die Lehrerbildung investieren, indem wir:

- flächendeckend das „Instructional Coaching“-Modell einführen. Basierend auf erfolgreichen Ansätzen aus England, soll es zur starken individuellen Unterstützung der Lehrer durch Lehrercoaches kommen. Diese arbeiten eng mit Lehrkräften zusammen, um deren Unterricht schrittweise zu verbessern. Dabei stehen praktische Übungen und regelmäßiges Feedback im Mittelpunkt. Die Coaches helfen Lehrkräften, umsetzbare Veränderungen vorzunehmen, die sofort im Unterricht erprobt werden können,
- die Lehramtsausbildung noch praxisnäher gestalten (z. B. durch ein Halbjahrespraktikum an einer Schule), um späte Abbrüche, vor allem in der Masterphase, zu vermeiden und dabei im Rahmen eines Modellprojektes ein duales Studium der Lehramtsausbildung zu entwickeln,
- das Referendariat zeitlich so anzupassen, dass schnellere Übergänge nach dem Master möglich sind,
- die Studienseminare, vor allem im ländlichen Raum, gezielt stärken und deren Kapazitäten passgenau aufstocken beziehungsweise voll auslasten,
- eine Fortbildungsverpflichtung für alle niedersächsischen Lehrkräfte stärker einfordern. Schulen erhalten dafür ein auskömmliches und zeitgemäßes Fortbildungsbudget, um in Eigenverantwortung individuelle Fortbildungsmaßnahmen passgenau auflegen zu können. Gleichzeitig wollen wir die bürokratischen Strukturen im Fortbildungsbereich mit dem NLQ (Niedersächsisches Landesinstitut für schulische Qualitätsentwicklung) abschaffen,
- einen Niedersächsischen Lehrkräftepreis ausrufen, um die Arbeit von Lehrerinnen und Lehrern in der Gesellschaft stärker zu würdigen.

Wir wollen die duale Ausbildung stärken. Ausbildungsberufe verdienen die gleiche Wertschätzung wie akademische Berufe. Unser Bildungssystem ermutigt junge Menschen, sich wieder verstärkt für eine berufliche Ausbildung zu entscheiden. Daher wollen wir:

- die Berufsorientierung an allen Schulformen ausbauen, dafür die Praktikumszeiten erhöhen, deren Vor- und Nachbereitung besser planen und Kooperationen mit der Wirtschaft ermöglichen,
- unsere berufsbildenden Schulen erneut zu regionalen Kompetenzzentren weiter entwickeln und so Eigenständigkeit und Attraktivität weiter erhöhen.

Kapitel 4: Medienkompetenz und Verantwortungsbereitschaft

Unsere Gesellschaft befindet sich durch die fortschreitende Digitalisierung und die rasante Entwicklung generativer KI in einem tiefgreifenden Wandel. Gleichzeitig erleben wir auch, wie Schülerinnen und Schüler immer weniger über politische Prozesse und unser demokratisches Gemeinwohl erfahren. Politische Bildung bekommt einen immer größeren Stellenwert.

Schule hat die Aufgabe, Kinder und Jugendliche auf diese Zukunft vorzubereiten. Ziel ist es, ihnen Kompetenzen auf den Weg zu geben, die sie darin unterstützen, mit den stetig neuen Herausforderungen umzugehen.

Die reine Nutzung von digitalen Technologien führt jedoch nicht automatisch zu einem kompetenten Umgang. Um digitale Kompetenzen tatsächlich zu fördern, reicht es nicht, digitale Medien als Tafelersatz oder zur Internetrecherche zu nutzen.

• Die moderne digitale Schule

Dabei erlernen die Kinder und Jugendlichen, Tablets und digitale Tools als Werkzeuge zu nutzen. Mit aufwachsendem Alter sollen digitale Tools in die Lehr- und Lernprozesse immer stärker integriert werden, um eigenständig Wissen zu erarbeiten, Aufgaben/Projekte umzusetzen, den eigenen Lernprozess zu überprüfen und kollaborativ mit anderen zusammenzuarbeiten. Wir wollen wissenschaftliche Erkenntnisse über den Nutzen und Schaden von digitalen Mitteln stärker in den schulischen Alltag integrieren. Der richtige Einsatz intelligenter Tutoringsysteme, von Flipped Classroom Konzepten oder der computerunterstützten Wissensvermittlung kann einen echten Nutzen für das Lernen bringen.

Der Einsatz von generativer KI soll offensiv an Schulen vorangetrieben werden. KI-basierte Systeme können Lehrkräfte darin unterstützen, Lerninhalte zu individualisieren und die Schülerinnen und Schüler gezielt zu fördern. Der Schulkultur entsprechend werden die Schülerinnen und Schüler an eine verantwortliche Nutzung digitaler Medien herangeführt. Daher wollen wir eine "digitale Schule" entwickeln, indem:

- Digitale Grundlagen vermittelt werden,
- alle weiterführenden Schulen Digital-Budgets erhalten, um einen landesweit verhandelten Endgeräte-Leasingvertrag für ihre Lehrkräfte und Schüler abzuschließen,
- digitale Endgeräte als Lernmittel anerkannt werden und digitale Schulbücher einfacher in die Schulbuchausleihe integriert werden können,
- Präsenzunterricht bei Bedarf und Sinnhaftigkeit insbesondere ab Jahrgang 8 durch hybride oder digitale Formate erweitert werden kann,
- der Einsatz von KI in den Unterricht integriert wird. Grundlegend sind dabei die Diagnostik und Aufgabenkonzeption,

- Beraterinnen und Berater einstellen, die bei der Konzeption und Administration die Schulen unterstützen. Um diesem Aufgabenumfang gerecht zu werden, wollen wir dafür einen eigenen Ausbildungsberuf entwickeln,
 - eine White-List aufstellen, die den Schulen Klarheit über den Einsatz von Anwendungen verschafft,
 - auch die Digitalisierung im Geschäftsbereich des Kultusministeriums wesentlich besser wird. In der Zusammenarbeit mit den Schulen wollen wir dazu NEO (smarte Schulverwaltung) als Basis ausbauen, um Personalverwaltung, Mittelzuwendungen, Lernstandserhebungen und Statistiken einfacher umzusetzen. Moin.schule wird für die gemeinsame Kommunikation der Schulbehörden mit den Schulen sowie als digitale kollaborative Plattform/Cloud für die Schulen zur Verfügung gestellt und ausgebaut.
- **Medienkompetenz fördern und Medienkonsum reduzieren.**
Schülerinnen und Schüler müssen lernen, digitale Inhalte kritisch zu hinterfragen. Gleichzeitig erleben wir, welchen enormen negativen Einfluss soziale Medien und die ungebremste Nutzung von Smartphones auf die Entwicklung von Kindern und Jugendlichen nimmt. Daher wollen wir:
 - die Nutzung von mobilen Endgeräten an allen niedersächsischen Schulen bis zum Ende der Sek I grundsätzlich verbieten und Ausnahmen nur für pädagogische Zwecke im Unterricht oder zur Wahrung der Barrierefreiheit zulassen, um Schulen als Inseln der Konzentration und des Dialogs im Alltag von Kindern und Jugendlichen zu etablieren,
 - dass der Zugang zu sozialen Netzwerken auf 14 Jahre gesetzlich festgeschrieben wird und die Unternehmen stärkere Kontrollmechanismen etablieren,
 - bereits in der Grundschule erste Aufklärung über Online-Risiken vermitteln und in Kooperation mit Weiterbildungseinrichtungen die Medienkompetenz von Eltern im Umgang mit ihren Kindern steigern,
 - mehr Medienkompetenz im Schultag mit Unterstützung von Experten vermitteln sowie das Landesprogramm „Medienscouts“ professionalisieren und zu einem „Medienführerschein“ nach bayrischem Vorbild weiterentwickeln. Dieser Medienführerschein unterstützt Lehrkräfte durch kostenlose Materialien bei der Vermittlung von Medienkompetenz. Schülerinnen und Schüler lernen, Chancen und Risiken des Umgangs mit Medien abzuwägen und mit Medien verantwortungsbewusst umzugehen.
 - **Demokratieförderung als Bildungsauftrag festigen.**
Es gehört zum demokratischen Grundverständnis Deutschlands und Niedersachsens, dass wir die Erinnerung wachhalten und das Wissen über die Verbrechen des Nationalsozialismus früh an die nächste Generation weitergeben. In

der Altersgruppe der 18- bis 29-Jährigen gaben bei einer Umfrage der Jewish Claims Conference in Deutschland etwa 40 Prozent an, nicht gewusst zu haben, dass etwa sechs Millionen Jüdinnen und Juden in der Zeit des Nationalsozialismus ermordet wurden. Gleichzeitig wollen wir aktuelle politische Diskussionen auch in Schulen Raum geben. So gehört auch dazu, dass die aktuelle Sicherheitspolitik oder das Erstarken von extremen Parteien im Politikunterricht behandelt wird. Daher fordern wir:

- alle Schulen in der Sekundarstufe I sollen einen verpflichtenden Besuch einer niedersächsischen Gedenkstätte planen und durchführen, so dass alle Schülerinnen und Schüler im Laufe ihrer Schulzeit mindestens eine Gedenkstätte besucht haben,
- aktuelle politische Ereignisse sollen stärker im Politikunterricht aufgegriffen und diskutiert werden. Daher wollen wir die Lehrpläne für das Fach Politik öffnen und Zeit für den gesellschaftspolitischen Diskurs geben,
- externe Experten durch Gespräche und Diskussionen stärker einzubinden. So wollen wir im Schulgesetz festlegen, dass die Bundeswehr durch ihre Jugendoffiziere im Laufe der Sekundarstufe I in Schulen eingeladen wird,
- eine verpflichtende Informationsveranstaltung mit örtlichen Bürgermeistern oder Ratsvorsitzenden zur Kommunalpolitik. Alternativ kann eine verpflichtende Informationsveranstaltung mit örtlichen Lokalpolitikern zur Kommunalpolitik in der Schule veranstaltet werden.

- **Soziales Lernen stärken**

In einer vielfältigen und sich wandelnden Gesellschaft ist die Förderung sozialer Kompetenzen unverzichtbar. Schülerinnen und Schüler müssen lernen, respektvoll miteinander umzugehen, Konflikte gewaltfrei zu lösen, Empathie zu entwickeln und Verantwortung füreinander zu übernehmen. Gerade im Schulalltag zeigen sich zunehmend Herausforderungen im sozialen Miteinander. Daher benötigen Schulen gezielte Konzepte, strukturelle Rahmenbedingungen und Ressourcen, um soziales Lernen systematisch fördern zu können. Soziales Lernen ist eine zentrale Voraussetzung für gelingende Bildung, ein gutes Schulklima und ein solidarisches Miteinander in der Gesellschaft.



IN NIEDERSACHSEN

Herausgeber:
CDU in Niedersachsen
Loebensteinstraße 30
30175 Hannover
info@cdu-niedersachsen.de